Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 14 — Sonnabend, den 18. Januar 1919 — 14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Wie der Lokalanzeiger erfährt, hätte sich die Regierung nunmehr endgültig entschlossen, die Nationalversammlung nicht in Berlin zusammentreten zu lassen.

Bei der feierlichen Eröffnungs-Sitzung der Friedenskonferenz heute nachmittag werden 25 Mächte vertreten sein.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes ist am Donnerstag nachmittag in Trier unterzeichnet worden.

Das Kabinett trat gestern mit der Sozialisierungskommission zu einer Sitzung zusammen, in der über eine einheitliche geschlossene Politik verhandelt wurde.

In Berlin fanden gestern Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Polen statt wegen der Frage der Weiterlieferung von Kartoffeln nach Deutschland, insbesondere nach Sachsen. Die Polen verlangen angeblich als Gegenleistung Kohlen.

Eingeweihten Kreisen zufolge haben Frankreich, Italien und Japan für die Geheimhaltung auf der Friedenskonferenz gestimmt. England und Amerika aber dagegen. Der Plan der Geheimhaltung selbst stammt von Clemenceau.

In Leipzig ist gestern ein Generalstreik ausgebrochen als Sympathiekundgebung für Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Marschall Foch will sich für rasche Rückbeförderung derjenigen Kategorien von Kriegsgefangenen verwenden, welche die meiste Teilnahme einflößen.

Das Gebot der Stunde.

Alle, die wir da sind, müssen uns klar werden, daß die Zeiten des geruhigen Zusehenkönnens für immer vorüber sind! — Bis jetzt konnten wir für alle politischen Fehler und Mißgriffe andere — die Regierung verantwortlich machen. Von stunden fällt die Verantwortung auf uns selbst zurück. Jeder halte sich also diesen Satz vor Augen: daß die schwerwiegendsten Entscheidungen von der Nationalversammlung zu treffen sind, diese Versammlung wirklich der Ausdruck des gesamten Volkswillens sein muß.

Wer nicht wählt — fälscht das Wahlergebnis.
Wer falsch wählt — schädigt sein Volk.

Es heißt vor allem für jeden, der sein Volk liebt, die richtige Partei wählen, die das schaffen kann, was wir brauchen. Daher bekämpfen sie sie auch bei uns. Nach innen brauchen wir: Aufbau der Demokratie, Wiederherstellung und Schutz der Privatwirtschaft. Letzteres verdingen sogar die Regierungssozialisten, da sie nur eine hochstehende Industrie vergesellschaftlichen können und nur die Privatwirtschaft die Industrie hochbringen kann. Für die Lösung dieser Aufgaben ist also die einzig richtige Partei

die Deutsche demokratische Partei.

Nach außen brauchen wir den Rechtsfrieden, nicht den Gewaltfrieden. Unsere Feinde, die kapitalistischer sind als wir, fürchten die Kommunisten und die Unabhängigen im eigenen Lande, sogar die Sozialdemokraten sind ihnen verdächtig. Selbst von Männern wie Ebert und Scheidemann behaupteten sie, daß sie nicht das Vertrauen unseres Volkes genössen, um nicht mit ihnen verhandeln zu müssen. Nur eine Nationalversammlung, die eine bürgerliche Mehrheit hat, kann die denkbar besten Bedingungen erzielen, daher müssen so viel Nichtsozialisten als irgend möglich hineingewählt werden.

Aber weder die Stresemanngruppe, noch die Deutschnationalen können helfen, beide sind sie als Kriegshetzer verschrien, ihnen gegenüber würde die Rachepolitik Frankreichs fortgesetzt werden. Es müssen Friedensfreunde und Rechtspolitiker sein, diese finden sich nur unter den Kandidaten der deutschen demokratischen Partei. Wenn das deutsche Volk vor sich selbst den Beweis erbringen will, daß es politisch denken gelernt hat, dann muß es morgen geschlossen für die deutsche Demokratie seine Stimme geben. Die deutsche demokratische Partei bringt den Rechtsstaat und damit Ordnung, bringt den Wirtschaftsaufschwung und damit Arbeit, bringt den Rechtsfrieden und damit Brot. Es gibt nur eine Liste

Brodauf, Seyfert, Günther.

Aufgaben und Ziele der deutschen Friedensdelegation.

Die Reichsregierung hat sich in den letzten Kabinettssitzungen unter Zuziehung des Staatssekretärs des Aeußeren damit beschäftigt, die Abordnung der Friedenskonferenz zusammenzustellen. Zu Leitern der Abordnung hat sie den Staatssekretär des Aeußeren Grafen von Brockdorff-Rantzau und den Volksbeauftragten Scheidemann bestimmt. Ihnen wird ein Stab diplomatischer, wirtschaftlicher und rechtspolitischer Referenten beigeordnet werden. Die Abordnung wird in ihrer Zusammensetzung das neue Deutschland zur Darstellung bringen. Auch über die

Richtlinien

an die sich die deutschen Vertreter auf der Friedenskonferenz zu halten haben, ist Klarheit und Uebereinstimmung erzielt worden. Vor allem ist sich die Reichsregierung der Verantwortung bewußt, die ihr durch die Annahme des Wilsonschen Programms auferlegt worden ist. Wie sie alles zu dessen Durchführung Erforderliche nachdrücklich anstreben und jede damit übernommene Verpflichtung streng einhalten wird, so muß sie andererseits Forderungen ihrer bisherigen Gegner ablehnen, die über jenes Programm hinausgehen. Sie darf die Grenzen nicht überschreiten lassen, die der Behauptung der jungen deutschen Republik als Staatsvolk und Wirtschaftskörper gezogen sind. Sie muß sich der Weiterführung eines

Wirtschaftskrieges

nach Friedensschluß widersetzen. Unsere Vertreter haben sich dafür einzusetzen, daß alle wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen sofort eingestellt und die dadurch geschädigten Privatrechte so weit wie möglich wiederhergestellt werden. Es wird unverzüglich eine auf Billigkeit und Gerechtigkeit beruhende Vereinbarung über die gegenseitige Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln zu treffen und für die Zukunft eine wirtschaftliche Annäherung der Völker unter möglichst gleichmäßigen Bedingungen anzustreben sein. Dazu gehört namentlich, daß die Frage des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung auf der Grundlage der von dem letzten internationalen Kongreß gefaßten Beschlüsse von allen beteiligten Staaten tunlichst gleichmäßig geregelt werde. Weiterhin werden unsere Vertreter zu erklären haben, daß Deutschland bereit ist, gemeinsam mit den anderen Staaten

zu Lande, zur See und in der Luft abzurüsten

und die zur Ausführung dieses schwierigen Problems erforderlichen Verpflichtungen unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit einzugehen. Tatsächlich hat Deutschland durch die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen seine Abrüstung im wesentlichen schon vollzogen. Um so weniger ist es gerechtfertigt, daß unsere Gegner die

kriegsgefangenen Deutschen

immer noch hinter Stacheldraht schmachten lassen, während wir unsere Gefangenen haben freigeben müssen. Die Delegierten sind angewiesen, auf der Heimsendung dieser gefangenen Deutschen schon bei Beginn der Verhandlungen nachdrücklich zu bestehen. Sie werden ferner für eine Wiedereinsetzung Deutschlands in seine

kolonialen Rechte

im Rahmen des Wilsonschen Programms einzutreten haben und haben die Sorge für das Wohl der eingeborenen Bevölkerung als gemeinsame Pflicht aller Völker des europäischen Kulturkreises zu betonen. Bei Behandlung der territorialen Fragen in Europa und Vorderasien werden unsere Unterhändler den Grundsatz des

Selbstbestimmungsrechts der Völker

ebensowohl zu gunsten anderer einräumen, wie sie ihn zu gunsten des deutschen Volkes in Anspruch nehmen müssen. Dies gilt insbesondere für die polnische und elsaß-lothringische Frage. Unsere Vertreter sind schließlich angewiesen, nach allen ihren Kräften die Errichtung des Völkerbundes im Geiste der Wilsonschen Vorschläge und in Verbindung mit der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu fördern, weil hierdurch allein ein Zustand dauernden Friedens verbürgt wird.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes unterzeichnet.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes ist Donnerstagnachmittag durch Staatssekretär Erzberger in Trier unterzeichnet worden. Die einzelnen endgültigen Bedingungen liegen in Berlin noch nicht vor. Wie es heißt, sind jedoch erhebliche Verbesserungen gegenüber den Vorschlägen der Entente erzielt worden.

Die gesamte deutsche Presse beurteilt den Abschluß des neuen Waffenstillstandsvertrages mit lebhafter Besorgnis. Von einem sachverständigen Fachmann wird u. a. mitgeteilt, daß die von der Entente verlangten 400 Dampfpflüge weitaus der größte Teil aller derjenigen sind, welche überhaupt unserer Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Die jährliche Leistung eines Dampfpfluges ist auf mindestens 3500 Morgen zu veranschlagen, so daß die deutsche Landwirtschaft plötzlich vor der Notwendigkeit steht, nicht weniger als 1 400 000 Morgen mit anderen Mitteln bearbeiten zu müssen. Daran fehlt es aber vollständig. Von geradezu verheerender Wirkung wäre die Abgabe für den Kartoffelbau, denn die Frühjahrsarbeit der Dampfpflüge erstreckt sich fast ausschließlich auf die Vorbereitung der Kartoffelkulturen. Wenn es nicht gelingt, diese Arbeit anderweitig zu leisten, müssen wir damit rechnen, daß wenig mehr als ein Viertel der Kartoffelbaufläche vom Vorjahre bestellt werden kann.

Das Reichswirtschaftsamt gegen die Waffenstillstandsbedingungen.

Gegen die Annahme des Teiles der neuen Waffenstillstandsbedingungen, in welchem die Ablieferung landwirtschaftlicher Maschinen u. Ackerbaugeräte an die Entente gefordert wird, hat sich das Reichswirtschaftsamt sehr entschieden ausgesprochen, weil sie für uns den Hunger bedeuteten. Leider sind die Bedingungen doch angenommen worden. Die rechtzeitige Ersetzung dieser Geräte und Maschinen durch unsere Industrie ist angesichts des Mangels an Kohlen und Erzen ausgeschlossen. Es wäre, das ist der Standpunkt des Reichswirtschaftsamtes, richtiger gewesen, die ganzen Waffenstillstandsbedingungen abzulehnen und die Verantwortung dafür der Entente zuzuschreiben.

•

Die Bekanntgabe der feindlichen Friedensbedingungen.

Die Morning Post meldet aus Paris: Die Alliierten-Konferenz wird bis 25. Januar dauern. Von diesem Tage an stehen die Friedensbedingungen dem Feind zur Kenntnisnahme zur Verfügung. Der feste Entschluß der Alliierten, mit der jetzigen, von der deutschen Nationalversammlung noch nicht anerkannten Regierung vorläufig nicht direkt zu verhandeln, ist inzwischen der deutschen Kommission zum Ausdruck gebracht worden.

Belgien protestiert!

Vom Allgemeen Handelsblatt wird aus Brüssel gemeldet: Die Tatsache, daß Belgien auf der Friedenskonferenz nur durch zwei Abgeordnete vertreten werden soll, bestätigt sich und erzeugt tiefgehende Erregung im Lande. Am Donnerstag abend hat der Ministerrat beschlossen, einen energischen Protest gegen die Geringschätzung der belgischen Interessen in Paris vorzubringen. Der Ministerrat vom Freitag ging noch weiter und beschloß, einen energischen Protest an die alliierten Regierungen zu richten.

Spanien auf der Friedenskonferenz.

Morning Post meldet aus Madrid: Der Minister des Aeußeren gibt bekannt, daß die Alliierten der Zulassung Spaniens zur Friedenskonferenz zugestimmt haben.

Die Veränderungen im sächsischen Kabinett.

Das sächsische Gesamtministerium veröffentlicht folgende Bekanntmachung über die Leitung der Ministerien: Die Minister Fleißner, Geyer und Lipinski haben ihre Entlassung genommen. Die Leitung sämtlicher Staatsgeschäfte ist von den unterzeichneten Ministern übernommen worden.

Dresden, 17. Januar 1919.

Buck. Graßmann. Schwarz.

• • •

Ueber den Anlaß zu dem Rücktritt der drei unabhängigen Minister wird noch bekannt, daß sie infolge der Maßnahmen, die der Dresdener Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresdens wegen der Vorgänge vor der